

Zwischen Macht und Ohnmacht: Gewerkschaftliche Krisenproteste in Westeuropa

Nico Weinmann, Stefan Schmalz

In der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 provozierten steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Prekarität und vor allem umfangreiche Austeritätsmaßnahmen eine Welle sozialer Proteste. In Südeuropa fanden Generalstreiks und Massendemonstrationen statt, neue soziale Bewegungen wie die transnationale *Occupy*-Bewegung und die spanische *Indignados* entstanden, gleichzeitig erschütterten städtische Unruhen im Jahr 2011 Großbritannien oder im Jahr 2013 Stockholm (Castells 2012; Kraushaar 2012; Gallas/Nowak 2012; Deppe 2013). In unserem Artikel spüren wir den Wesenszügen dieser Proteste nach und legen ein besonderes Augenmerk auf die Gewerkschaften, die in den Auseinandersetzungen oftmals als zentrale Akteure beteiligt sind und sich gegen Lohnkürzungen, Angriffe auf soziale Sicherungssysteme oder auf Arbeitnehmerrechte zur Wehr setzen. Dabei fragen wir, wie mächtig dieser Protest im Europa der Krise ist und durch welche besonderen Merkmale er sich auszeichnet. Als Analyserahmen dient uns der „Jenaer Machtressourcenansatz“ (vgl. Brinkmann 2008 u.a.: 27ff.; Dörre 2010; Arbeitskreis Strategic Unionism 2013). Wir stellen zunächst vor, was wir unter Lohnabhängigenmacht verstehen. Darauf folgt eine kursorische Darstellung¹ der Ausgangsbedingungen für gewerkschaftliches Handeln in der aktuellen Krise, um vor diesem Hintergrund die zentralen Merkmale des gegenwärtigen Protests herauszuarbeiten.

Was ist Lohnabhängigenmacht?

Bei unserer Betrachtung gehen wir von der theoretischen Vorannahme aus, dass Lohnabhängige über „Macht“ verfügen, mit der sie die Asymmetrien in den Austauschbeziehungen von Kapital und Arbeit durch kollektive Mobilisierungen von Machtressourcen korrigieren können. Sie beruht auf dem Zusammenspiel verschiedener Machtressourcen:

Strukturelle Macht (structural power) bezieht sich auf die Stellung der Lohnabhängigen im Wirtschaftssystem (Wright 2000; Silver 2005: 30ff.). Ihr zugerechnet werden Produktions- und Marktmacht. Über die Mobilisierung ersterer – beispielsweise durch Streiks, Sabotage oder Bummelei – wird in den Produktionsprozess eingegriffen, es werden Kosten für Unternehmer verursacht und ggf. Zugeständnisse erzwungen (Brinkmann u.a. 2008: 27; vgl. auch: Hoffmann 1981). Marktmacht wiederum ergibt sich aus der Struktur und der Segmentierung des Arbeitsmarktes. Sie resultiert beispielsweise aus dem „Besitz seltener Qualifikationen, die von Arbeitgebern nachgefragt werden, geringer Arbeitslosigkeit“ und der „Fähigkeit sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen und von anderen Einkommensquellen zu leben“ (Silver 2005: 30ff.) – ein Sachverhalt, der sich für Stammebelegschaften, prekär Beschäftigte oder Arbeitslose als sehr unterschiedlich darstellen kann.

Organisationsmacht (associational power) entsteht aus der Herausbildung von strategie- und konfliktfähigen kollektiven Akteuren. Hierzu zählen Gewerkschaften, Betriebsgrup-

pen oder -räte und auch politische Parteien, wobei die Gewerkschaften die zentrale Rolle als Interessenvertretung von Lohnabhängigen wahrnehmen. Ein zentrales Kriterium für eine hohe Organisationsmacht ist die Mitgliederzahl. Darüber hinaus sind etwa Infrastrukturreourcen, eine effiziente Organisationsstruktur, eine aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder und eine hohe innere Kohäsion der Organisation von Bedeutung (Lévesque/Murray 2010, Arbeitskreis Strategic Unionism 2013). Organisationsmacht kann fehlende strukturelle Macht teilweise kompensieren, ohne sie jedoch vollständig zu ersetzen.

Institutionelle Macht ist das Resultat von Kämpfen und Aushandlungsprozessen, in denen strukturelle Macht und Organisationsmacht mobilisiert wurden. Institutionen verstanden als soziale Basiskompromisse können über ökonomische Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg Bestand haben und Verhaltensregeln fortschreiben (Brinkmann u.a. 2008: 25; Dörre 2010: 876). Institutionelle Macht kann in diesem Sinn in Verfassungsregelungen, Gesetzen oder den etablierten Institutionen der industriellen Beziehungen verankert sein, aber auch in mittelfristigen Übereinkommen wie korporatistische Dialogverfahren. In der institutionellen Macht ist zudem ein Doppelcharakter angelegt (Zoll 1976): Sie gewährt Gewerkschaften zwar oftmals weitgehende Rechte, führt aber zugleich zur Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit. So gehen beispielsweise umfangreiche Rechte der ArbeitnehmerInnen im dualen System der industriellen Beziehungen in Deutschland einher mit dem Verbot von politischen Streiks.

Unter der *gesellschaftlichen Macht* verstehen wir die Handlungsspielräume, die aus tragfähigen Kooperationszusammenhängen mit anderen sozialen Gruppen und Organisationen sowie der Unterstützung der Gesellschaft für gewerkschaftliche Forderungen entspringen. Es existieren mit der Kooperationsmacht und Diskursmacht zwei Quellen gesellschaftlicher Macht: Erstere wird über Netzwerke zu anderen gesellschaftlichen Akteuren, über gemeinsame Mobilisierungen, Kampagnen und Aktionen entfaltet (Frege u.a. 2004: 137ff.; Turner 2006; Brinkmann u.a. 2008: 98ff.). Diskursmacht kommt hingegen über die Fähigkeit zum Ausdruck, inwiefern die Meinungsführerschaft zu gewerkschaftlich relevanten Themen in öffentliche Debatten übernommen werden kann bzw. Gerechtigkeitsnormen beeinflusst werden können.

Die skizzierten Machtressourcen sind nicht als additive Größen zu verstehen. Ihr Umfang und ihre Ausprägung bedingen sich vielmehr gegenseitig. Wir gehen bei unserer Betrachtung davon aus, dass die Konfiguration von Lohnabhängigenmacht die Form und den Ausgang der Krisenproteste prägt und die Aushandlung von gewerkschaftlichen Strategien beeinflusst: Ausgeprägte strukturelle, institutionelle, organisatorische und gesellschaftliche Machtressourcen ermöglichen beispielsweise eine offensive gewerkschaftliche Ausrichtung. Falls umfangreiche Rechte auf betrieblicher Ebene und korporatistische Dialogverfahren vorhanden sind, werden oftmals gewerkschaftliche Strategien verfolgt, die innerhalb fester institutioneller Prozeduren verlaufen. Sind solche Mechanismen wiederum wenig ausgeprägt, neigen Gewerkschaften dazu, direkt auf ihre Organisationsmacht (und auch strukturelle Macht) zu vertrauen. Außerdem tendieren sie dazu, ihre gesellschaftliche Macht zu mobilisieren. Gleichzeitig führen Proteste immer auch zur Rekonfiguration von Machtressourcen, indem sich z.B. die Mitgliederstruktur oder institutionelle Regelungen verändern.

Geschwächte Lohnabhängigenmacht am Vorabend der Krise

Als die Krise im Jahr 2008 Europa traf, lag die letzte große Welle von offensiven Kämpfen der europäischen Gewerkschaftsbewegung bereits um Jahrzehnte zurück. Der Pariser Mai 1968, der „heiße Herbst“ in Italien, der deutscher Septemberstreik 1969 oder auch die Streikwelle in Großbritannien 1971/72 stellten im Zeitraum von 1968-73 die Höhepunkte eines Protest- und Streikzyklus dar, der in der Nachkriegszeit seinesgleichen sucht. Die Auseinandersetzungen vollzogen sich seinerzeit zu einem Zeitpunkt gefestigter Lohnabhängigenmacht: Jahrzehnte des Wirtschaftswachstums, Reallohnsteigerungen, Vollbeschäftigung sowie ein Bedeutungsgewinn der tayloristischen Arbeitsteilung stärkten die strukturelle Macht (Silver 2005: 74f.; Dubois 1978: 17f.). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad überschritt in einigen Ländern Europas die 40 Prozentmarke (Schmalz/Weinmann 2013: 7). In der politischen Arena fanden die Gewerkschaften mit ArbeiterInnenparteien etablierte BündnispartnerInnen. Die institutionelle Macht der Lohnabhängigen war durch den fordistischen Dreieckskompromiss zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat gewachsen und manifestierte sich vielfältig in überbetrieblichen wie betrieblichen Regelungen (Buci-Glucksmann u.a. 1982).

Zum Ende der 1960er weckte ein Ende der quasi automatischen Reallohnsteigerung in der fordistischen Konstellation neue Lohnforderungen. Auch begann die zweite Generation von ArbeitsmigrantInnen aus der europäischen Peripherie gegen ihre Benachteiligung zu rebellieren (Silver 2005: 74). In der politischen Großwetterlage von 1968 keimten zudem Forderungen nach mehr Demokratie im Betrieb auf (Horn 2007: 33), und es eröffneten sich Interaktionsmöglichkeiten mit anderen sozialen Bewegungen. In Kernsektoren mit hoher Produktionsmacht wie der Autoindustrie wurden neue Formen der Arbeitsbelastung Konfliktgegenstand (z.B.: Akkordregelungen). Zwischen den Jahren 1968 und 1973 kulminierten solche soziale Auseinandersetzungen in einem Protest- und Streikzyklus, der sich in Intensität und Reichweite von der gesamten Nachkriegszeit abhob (Shalev 1978: 2; van der Velden u.a. 2007: 13; Horn 2007; kritisch: Gallas/Nowak 2013).

Die Offensivphase der Gewerkschaften führte zu deutlichen Reallohnsteigerungen und einem Ausbau der Organisationsmacht. Es wurden einige Repräsentationslücken in den industriellen Beziehungen gegenüber Randbelegschaften geschlossen (Dubois 1978: 21ff.), womit auch institutionelle Machtressourcen wuchsen. Gewerkschaftliche Anliegen waren in der Gesellschaft weithin akzeptiert und in vielen Ländern regierten den Gewerkschaften wohlgesonnene sozialdemokratische bzw. sozialistische Regierungen, in Ländern Südeuropas wurden Diktaturen gestürzt.

Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise 1974/75 fand die Offensive der Gewerkschaften in den meisten westeuropäischen Ländern dann ein Ende (Gourevitch u.a. 1984; Brandt u.a. 1982: 64ff.). Vor allem die aufkeimende strukturelle Massenarbeitslosigkeit in Folge des tiefsten wirtschaftlichen Einbruchs seit 1945 untergrub die Marktmacht der Lohnabhängigen. In dieser Gemengelage setzten Gewerkschaften zunehmend auf tripartistische Zusammenarbeit mit den Regierungen und Arbeitgebern. Die Gewerkschaften tauschten dabei oftmals eine Zurückhaltung bei Lohnforderungen gegen eine Stärkung innerbetrieblicher Rechte oder den Einfluss auf Politikfelder wie der Sozialpolitik ein (Streeck 2003: 95). Es kam deshalb kurzfristig zu einer Konsolidierung von institutioneller und Organisationsmacht. Die Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns wurden jedoch langfristig durch das Umschwenken zahlreicher Regierungen auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik erschwert. Spätestens ab den 1980er Jahren setzte

schließlich ein wahrnehmbarer Rückgang gewerkschaftlicher Machtressourcen und Aktionsfähigkeit ein: Die Massenarbeitslosigkeit verfestigte sich, weshalb die Marktmacht sank und Druck auf die Organisationsmacht der Gewerkschaften ausgeübt wurde (Streeck 2011: 13ff.; Schmalz/Weinmann 2013: 7). Ökonomische Restrukturierungen der Produktion, Privatisierungsprozesse und Attacken auf die institutionellen Grundlagen der Arbeitsbeziehungen setzten den Gewerkschaften zusätzlich zu (Deppe 2012: 115f.). Herbe Niederlagen wie der gescheiterte Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984 verdrängten bald die Erinnerung an die erfolgreichen Kämpfe. Die widrige politische Großwetterlage nach konservativen Wahlsiegen wie denen von Thatcher und Kohl schwächten zusätzlich die Position der ArbeiterInnenbewegung.

Über die 1990er Jahre hinweg bis zur gegenwärtigen Krise schwächten die strukturelle Arbeitslosigkeit, die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und ein Umschwenken zu aktivierender Arbeitsmarktpolitik in den meisten westeuropäischen Staaten die Marktmacht der ArbeiterInnen. Die Transnationalisierung der Unternehmen und Standortverlagerungen trugen dazu bei, dass ihre Produktionsmacht erodierte. Auch die Organisationsmacht wurde nicht nur durch Mitgliederverluste, sondern auch durch Repräsentationsdefizite gegenüber Randbelegschaften, Beschäftigten im Dienstleistungssektor und Frauen sowie verkrustete Handlungsroutinen geschwächt (Dörre 2010: 895ff.). Ehemalige ArbeiterInnenparteien hatten sich durch ihre Dritte-Weg-Politik von den Gewerkschaften entfernt (Crouch 2008: 83ff.; Nachtwey 2009). Gewerkschaften standen nunmehr in der öffentlichen Debatte oft als „Neinsager“ und Reformbremsen da (Deppe 2003: 3) und hatten Probleme, politische Bündnisse mit neuen sozialen Bewegungen aufzubauen. Die zunehmende *Shareholder-Value*-Orientierung hatte den Charakter der betrieblichen Institutionen verändert, aus sozialpartnerschaftlichen Korporatismen waren Wettbewerbsbündnisse geworden. Die Unternehmen (meist auch der Staat) zogen sich aus tripartistischen Verhandlungen zurück, was die institutionellen Machtressourcen untergrub. Am Vorabend der Krise hatten sich die Voraussetzungen für gewerkschaftliches Handeln nach fast drei Jahrzehnten des neoliberalen *Rollbacks* grundlegend verschlechtert (Deppe 2012: 130ff.).

Lohnabhängigenmacht in der Krise

In dieser Konstellation traf die Finanz- und Wirtschaftskrise Westeuropa ab 2008 in zwei Wellen: In den Jahren 2008/09 war zunächst die (Export-)Produktion betroffen. Seit 2010 kehrte die Euro- bzw. Schuldenkrise dann in Länder mit einer hohen Auslands- und Staatsverschuldung zurück, wo sie 2012 mehrfach zu Rezessionen führte (Lapavitsas/Kouvélakis 2012; FAZ, 10.11.2011). Die ungleiche Arbeitsteilung in der EU trug dazu bei, dass sich der Krisenverlauf und die Fähigkeiten der Einzelstaaten zur Krisenbewältigung stark unterschieden: Griechenland oder Portugal etwa wurden von der Krise früher und härter getroffen, während das europäische Zentrum um Deutschland oder Österreich sich besser abschirmen konnte. Auch die Sparpakete und Austeritätsmaßnahmen fielen in den wirtschaftlich schwächeren Ländern ungleich härter aus (Bieling 2011: 187; Lapavitsas/Kouvélakis 2012: 113ff.). Die Ausprägung des sozialen Protests korrespondiert mit dem ungleichen Krisenverlauf. In einer ersten Protestwelle kulminierten vor allem betriebliche Defensivkämpfe und vereinzelte politische Protestbewegungen. Es folgte eine Verschärfung der Konflikte in der zweiten Krisenphase, als ab 2010 in Südeuropa vermehrt politische Massenproteste gegen die Sparmaßnahmen stattfanden. Anhand ausgewählter Beispiele zeichnen wir diesen ungleichen Protestverlauf nach:

In *Deutschland* wurde die Krisenbekämpfungspolitik unter der Mitwirkung der Gewerkschaften implementiert (Haipeter 2012). Der deutsche „Krisenkorporatismus“ (Urban 2010) zeichnete sich durch ein Bündel von Maßnahmen aus, etwa die Ausweitung der Kurzarbeit, der Abbau von Arbeitszeitkonten und Konjunkturmaßnahmen wie die „Abwrackprämie“. Die Krisenfolgen wurden auf diese Weise abgefedert. Mit einem Konjunkturreinbruch von rund 5,1 Prozent des BIP im Jahr 2009 lag dieser über dem vieler Nachbarländer. Gleichzeitig wuchs dabei im Vergleich jedoch die Arbeitslosenrate deutlich weniger stark (Leschke 2010: 16ff.). Dieses „Beschäftigungswunder“ (Krugman 2009: A31) wurde durch die rasche Erholung der deutschen Wirtschaft seit Mitte 2009 begünstigt, nicht zuletzt dank eines dynamischen Exportwachstums auf außereuropäischen Märkten. Vor diesem Hintergrund fiel die Anzahl der Streiktage 2009 auf einen Minimalwert: Im industriellen Sektor sank sie auf ein Drittel des Vorjahreswertes, in der zersplitterten Tariflandschaft im Dienstleistungssektor kam es zu relativ vielen kleineren, aber isolierten Auseinandersetzungen (vgl. hierzu: Kocsis u. a. 2013). Nur in wenigen Einzelfällen entstanden „wilde“ Betriebskonflikte. Die wichtigsten sozialen Auseinandersetzungen hatten nur einen indirekten Bezug zur Krise, wie die Demonstrationen gegen das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 oder die Anti-Atomproteste. Als krisenbezogene Bewegung erlangte lediglich die *Occupy*-Bewegung größere öffentliche Aufmerksamkeit. Im Jahr 2012 konnten die deutschen Gewerkschaften in den Tarifrunden stattliche Lohnzuwächse erreichen (Hinz/Woschnack 2012) und im Jahr 2013 konnten sie diese Entwicklung auf einem niedrigeren Niveau konsolidieren. Insgesamt kam es ab 2011 zu einem Aufwärtstrend bei den Mitgliederzahlen verschiedener Einzelgewerkschaften. Vor dem Hintergrund von massiven Exportüberschüssen und Kapitalzuflüssen erfuhr das „Deutsche Modell“ so eine vorübergehende Renaissance.

Die *französische Wirtschaft* wurde aufgrund ihrer stärkeren Binnenmarktorientierung zunächst schwächer von der Krise getroffen. Dennoch wurde der Ausbruch von wachsenden Protesten begleitet. Sie knüpften an gewerkschaftliche Kämpfe an, die bereits mit den Protesten gegen die Rentenreform im Jahr 2003 begannen, sich nach den städtischen Unruhen in den *Banlieues* Ende 2005 durch die Jugendproteste gegen den Erstanstellungsvertrag (*Contrat première embauche*) im Folgejahr vertieften und 2007 schließlich in landesweite Bildungsproteste mündeten (Pernot 2010: 27ff.). Die gewerkschaftlichen Proteste gegen die Krisenpolitik der Regierung Sarkozy Anfang 2009 fanden eine hohe Resonanz, verloren aber mit der Erholung der Konjunktur an Schlagkraft (Artus 2010: 468). Die unmittelbare Kriseneinwirkung führte zu einer Welle betrieblicher Konflikte, in Form von Betriebsbesetzungen, *bossnapping* oder wilden Streiks (ebd.: 469; Hayes 2012: 188ff.). Es folgte im Jahr 2010 eine zweite Konfliktwelle, als Sparmaßnahmen der Regierung präsentiert wurden (Béroud/Yon 2012). Im Herbst 2010 kam es zu mehrtägigen Protesten, Straßenblockaden und Besetzungen von Raffinerien. Der Präsidentschaftswahlkampf 2011 und der Wahlsieg des Sozialisten Hollande im Folgejahr beendeten die erste Welle des Protestzyklus. Die Regierung setzte einige Kurskorrekturen, etwa in der Steuer- und Rentenpolitik, um, sah sich aber vor dem Hintergrund der Eurokrise zu einer gemäßigten Fiskalpolitik veranlasst. Frankreich wurde seitdem – vom europäischen Streiktag im November 2012 abgesehen – zunächst nicht mehr zum Schauplatz nennenswerter Proteste. Allerdings kam es im Jahr 2013 vor dem Hintergrund der Eurokrise, Reformen und einer hohen Unzufriedenheit mit der Regierung Hollande zu erneuten Protesten: Im Spätherbst 2013 entstanden zunächst in der Bretagne und dann auch in anderen französischen Städten Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und steigende Mehrwertsteuern.

In *Großbritannien* wurde die finanzialisierte Wirtschaft durch die Finanzkrise 2008/09 besonders hart getroffen. Hohe Summen aus dem Staatshaushalt von über 850 Milliarden Pfund gingen in Bankenrettungspakete. Anders als in Frankreich und Deutschland setzte die neue Regierung Cameron im Jahr 2010 ein drastisches Sparpaket um, das Kürzungen von rund 81 Milliarden Pfund vorsieht. Das Land rutschte im Jahr 2011 erneut in eine Rezession. Darauf folgte eine Protestwelle, die von Gewerkschaften, Jugendlichen und Studierenden getragen wurde. Die Auseinandersetzungen begannen bereits mit einer Welle von wilden Streiks im Jahr 2008/09 von Bauingenieuren im Energiesektor und einzelnen Betriebsbesetzungen, die am Gewerkschaftsapparat vorbei geführt wurden (Gall 2012; Gallas/Nowak 2012: 74ff.). Darauf folgten ab Herbst 2010 große studentische Mobilisierungen, die sich gegen die Erhöhung der Studiengebühren richteten. Im Folgejahr knüpften daran verschiedene gewerkschaftliche Demonstrationen und Streiktage im öffentlichen Sektor an mit der größten gewerkschaftlichen Mobilisierung seit zwei Jahrzehnten im März 2011 und den meisten Streiktagen seit 1990 im selben Jahr (ebd.: 73). Im August 2011 entluden sich bei fünftägigen Riots landesweit extreme soziale Spannungen in den englischen Städten (The Guardian/LSE 2011, Liebig 2012). Nicht zuletzt diese Ereignisse verdeutlichen, dass entscheidende Teile der Sozialproteste in Großbritannien am institutionellen Rahmen und den Gewerkschaften vorbei gehen.

Noch zugespitzter war und ist die Situation in *Südeuropa*. Hier machten sich die Krisenfolgen 2008/09 zunächst besonders scharf in Spanien bemerkbar (López/Rodríguez 2012). Jede fünfte neue Arbeitslose in Europa war SpanierIn. In Italien wiederum kam es zu einem tiefen Exporteinbruch, von dem sich das Land bis heute nicht erholt hat. Die Leistungsbilanzdefizite und Staatschulden in Portugal und Griechenland verschärften sich nochmal mit der Zuspitzung der Eurokrise ab 2010, sodass in sämtlichen südeuropäischen Ländern harte Sparprogramme unter der Aufsicht der Troika aus EU-Kommission, EZB sowie IWF implementiert wurden (Lapavitsas/Kouvelakis 2012: Kap. 11). Die Politik griff vielfach institutionelle Grundlagen der Arbeitsbeziehungen an (Lehndorff 2013: 186f.): In Griechenland wurde das Günstigkeitsprinzip von Flächentarifsystemen aufgehoben, sodass nun Haustarifvertragssysteme Vorrang haben. Außerdem wurde die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ausgehöhlt. In Spanien hebelte die konservative Regierung Rajoy ebenfalls das Günstigkeitsprinzip aus, zusätzlich können Arbeitgeber bei Verlusten ihrer Firmen nun die Mindeststandards von Flächentarifverträgen unterschreiten. Die Gewerkschaften in Südeuropa pendelten zwischen (gescheiterten) tripartistischen Sozialpakten und massiven Protesten gegen die Kürzungen, was sich in einer explosionsartigen Zunahme von politischen Streiks widerspiegelte (Gallas/Nowak 2012: 39ff.; Kelly u.a. 2013). Allein 2010 und 2011 kam es in Europa zu 36 Generalstreiks, davon fanden alle bis auf einen in Südeuropa und Frankreich statt. Der Süden Europas entwickelte sich auf diese Weise zu einem Zentrum der sozialen Kämpfe (Charnock u.a. 2012; Roitman Rosenmann 2012; Deppe 2013: 10).

Die Auswirkungen der Krise trugen in fast allen Fällen dazu bei, dass die gewerkschaftlichen Machtressourcen schwanden. Vor allem die Marktmacht sank massiv durch die steigende Arbeitslosigkeit. Anders als in den späten 1970ern existieren heute in vielen europäischen Ländern nur noch begrenzte Handlungsspielräume für krisenkorporatistische Arrangements. Nicht nur hierin drückt sich eine geschwächte institutionelle Macht von Gewerkschaften aus. Die massiven Reformen beschnitten auch elementare institutionelle Machtressourcen der südeuropäischen Gewerkschaften (Flächentarifverträge, Mindestlöhne, etc.). Auch mussten Mitgliederverluste verbucht werden. Die Tatsache, dass die eu-

ropäische ArbeiterInnenbewegung in einer tiefen Krise steckt, wurde durch die deutsche Entwicklung relativiert (Dörre 2011). Obwohl auch hier ein unverkennbarer Prekarisierungstrend vorherrschte, erreichten verschiedene Einzelgewerkschaften eine organisatorische Konsolidierung (Haipeter 2012).

Gewerkschaftlicher Krisenprotest zwischen Nicht-Normierung und Isolierung

Zwei Merkmale stechen bei den gegenwärtigen Protesten auf besondere Weise hervor: Erstens zeichnen sie sich durch eine besondere Bedeutung von „nicht-normierten“ Konflikten aus und zweitens sind große Mobilisierungen weitgehend auf Südeuropa begrenzt und befinden sich damit in der Isolation.

Zunächst haben sich – aufgrund der zunehmenden sozialen Spaltung, dem Ab- und Umbau des Wohlfahrtsstaats, dem stetigen Abwärtstrend in der gewerkschaftlichen Organisationsentwicklung, der Aushöhlung institutioneller Regelungen und wachsender Repräsentationslücken – vermehrt verwilderte, nicht-normierte soziale Konflikte etabliert (Dörre 2010: 900; Honneth 2011: 15f.). Laut einer systematischen Auswertung von Zeitungsartikeln der New York Times nahm die Anzahl von nicht-normierten Konflikten deutlich zu: Fanden zwischen 2004 bis 2007 nur 107 nicht-normierte Proteste statt, wuchs deren Anzahl im Zeitraum 2008 bis 2011 auf 159 an.² Das Verhältnis von normierten zu nicht normierten Konflikten veränderte sich in den gleichen Zeiträumen von 2,2 (2004-2007) auf 1,8 (2008-2011) (vgl. Abb. 1)³.

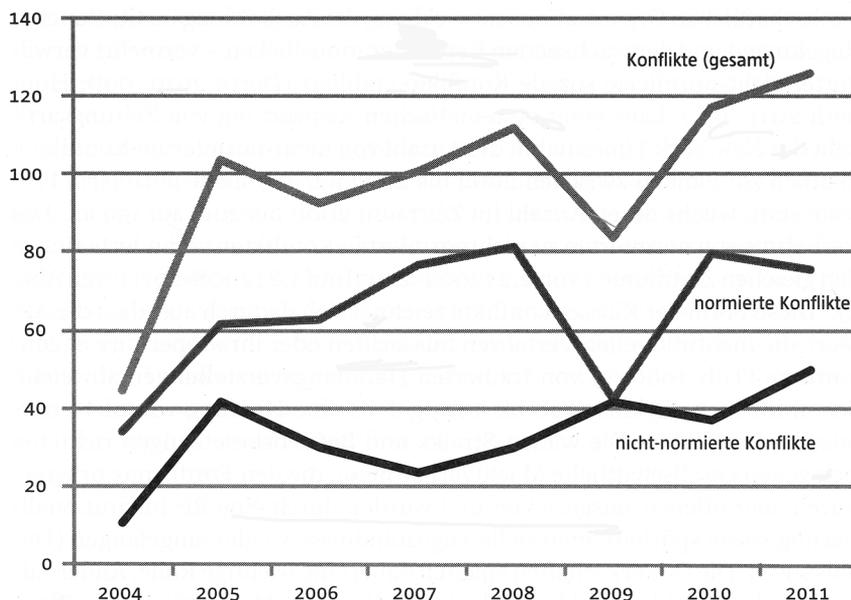


Abb.1: Protestereignisse in der EU-27 im Zeitraum von 2004-2011 nach Konfliktform (Quelle: JenaConDa 2013)

Diese Form der Klassenkonflikte zeichnet sich dadurch aus, dass die Akteure die institutionellen Verfahren missachten oder ihr „repertoire of contention“ (Tilly 1986: 4) von tradierten Handlungsvorstellungen abweicht. An dieser Stelle kommt die über die letzten Jahrzehnte vollzogene Entleerung und Erosion institutioneller Mechanismen der Konfliktregelung zum Tragen: Die ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich verändert, die wohlfahrtstaatliche Abfederung wurde geschwächt und die Lohnabhängigen haben an institutioneller Macht eingebüßt. Es scheint fast so, als ob der Klassenkonflikt aus seiner „institutionellen Isolierung“ ausgebrochen sei (Dahrendorf 1957: 234; vgl. auch Join-Lambert u.a. 2011). Das hat zur Folge, dass die Gewerkschaften nicht immer eine zentrale Rolle in den Protesten spielen, manchmal gehen die sozialen Konflikte sogar gänzlich an ihnen vorbei.

Bei den aktuellen Protesten kann zwischen drei Typen nicht-normierter Konflikte unterschieden werden: Erstens äußerten sich unter den schweren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Repräsentationslücken und mangelnden institutionellen Rechte in defensiven „wilden“ Betriebskonflikten. So brachen in der Krise in Frankreich, England und auch in Südeuropa wellenförmig Fälle von *bossnapping*, wilden Streiks und Betriebsbesetzungen aus (Hayes 2012, Gall 2012). Die soziale Basis für diese Protestform ist die IndustriearbeiterInnenschaft. Als zweite Konfliktform haben sich politische Massenbewegungen etabliert. Sie sind klassische „polanyische Konflikte“ (Silver 2005: 34ff.), die sich gegen die Vermarktlichung der gesellschaftlichen Beziehungen richten. Im Fokus der Proteste steht dabei die staatliche Austeritätspolitik. Schon frühere Budgetkürzungen waren eine wichtige Ursache für teilweise gewalttätige Massenproteste (Ponticelli/Voth 2011). Neu ist jedoch, dass diese Kürzungen von einem „postdemokratischen“ Repräsentationsdefizit im politischen System begleitet werden (Crouch 2008). Dies wird bei den Protesten der spanischen *Indignados* deutlich, die sich nicht nur gegen Sozialkürzungen wenden, sondern auch „*democracia real*“, echte Demokratie, einfordern. Die Sozialstruktur der Massenbewegung deutet auf zwei verschiedene Subtypen dieser Protestform hin: Während der „Aufruhr der Ausgebildeten“ (Kraushaar 2012) der *Indignados* und Occupy-AktivistInnen vor allem prekarierte oder arbeitslose HochschulabsolventInnen zusammenbringt, die von den Gewerkschaften keine Vertretung ihrer Interessen erwarten, sind in den Kämpfen gegen Sozialkürzungen und Austeritätsmaßnahmen oftmals Gewerkschaften – insbesondere aus dem öffentlichen Dienst – an der Spitze. Drittens haben die verschiedenen städtischen Unruhen zu einem „*bargaining by riots*“ in den marginalisierten Stadtvierteln geführt. Dieses kann „trotz der unbestrittenen Relevanz von ethnischen oder geschlechtsspezifischen Konstruktionen – als Ausdruck von ‚Brotkonflikten‘, von spontanem, mitunter aber auch von organisiertem Klassenhandeln jenseits der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung analysiert werden“ (Dörre 2010: 900). Auch diese Proteste deuten auf einen grundlegenden Formwandel des Klassenkonflikts und erinnern an gewalttätige Massenausbreitungen, wie sie in Großbritannien Ende des 18. Jahrhunderts von Unterklassen gegen steigende Brotpreise praktiziert wurden (Thompson 1971). Die TrägerInnen des Protests sind oftmals Jugendliche, die nicht nur arbeitslos oder prekär beschäftigt sind, sondern die auch in den Quartieren der Vorstädte leben und über einen geringen Bildungsgrad und damit dauerhaft schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt verfügen. In Deutschland sind bisher alle drei Protestformen von ge-

ringer Bedeutung gewesen. Dies könnte sich jedoch ändern, falls mit der ökonomischen Stabilität die Geschäftsgrundlage des deutschen Krisenkorporatismus verloren geht.

Darüber hinaus führt nicht zuletzt die ungleiche Entwicklung des Krisenverlaufs auch zur heterogenen Entwicklung von sozialen Kämpfen (Becker 2012: 467ff.). Das Epizentrum des Protests ist bislang der europäische Süden. Nicht nur die Anzahl der Generalstreiks stieg hier deutlich an. Auch insgesamt ist die Zahl der Protestereignisse in den vier südeuropäischen Krisenländern rasch gewachsen. Fanden laut JenaConDa zufolge in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal im Zeitraum 2004 bis 2007 nur 60 Protestereignisse statt, wuchs deren Anzahl im Zeitraum 2008 bis 2011 auf insgesamt 223 an (vgl. Abb. 2).⁴ Der Anteil der südeuropäischen Proteste in der EU-27 stieg deutlich von 17,3 auf 50,9 Prozent. Gewerkschaften waren bei diesen Konflikten zu rund einem Drittel die wichtigsten Protestakteure. Die südeuropäischen Proteste richten sich zu über 86 Prozent an den Staat als Adressat, ohne dass bisher die Austeritätsmaßnahmen verhindert werden konnten; der ökonomische Handlungsspielraum in Südeuropa erweist sich als gering und durch das institutionelle Gefüge des europäischen Fiskal- und Wachstumspakts wird die Sparpolitik abgesichert (vgl. Henning 2013).

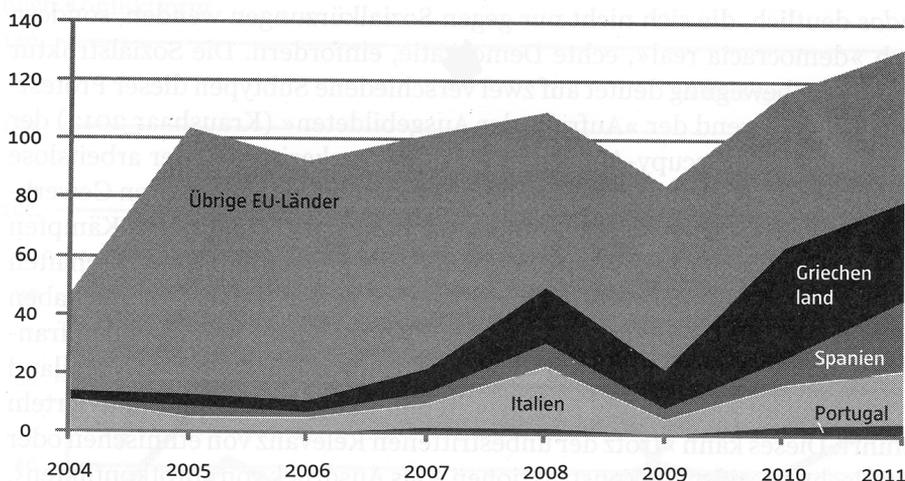


Abb. 2: Protestereignisse in der EU-27 von 2004–2011 (Quelle: JenaConDa 2013)

Die Proteste in Europa blieben damit bisher räumlich isoliert. Die sozialen Konflikte wurden aus verschiedenen Zentrumsstaaten wie Deutschland oder Österreich ferngehalten und artikulierten sich vor allem in der europäischen Semiperipherie. Hierin liegt ein wesentlicher Grund ihrer bisherigen Wirkungslosigkeit. Offen bleibt die Frage, wie stabil diese Konstellation ist. In Deutschland konnte die Krise durch eine Exportoffensive auf außereuropäische Märkte abgefedert werden. Vor allem die chinesische Volkswirtschaft, die bereits im Jahr 2011 zum drittichtigsten Handelspartner Deutschlands avancierte, wirkte als Stabilitätsanker (Schmidt/Heilmann 2010: 155ff.; FAZ, 2.2.2012). Ob jedoch die Dynamik in den Schwellenländern auf diese Weise zukünftig den Sog der europäischen Krise kompensieren kann, ist fraglich. Auch stellt die Schuldnerstruktur einen chronischen Krisenherd dar. Vor dem Hintergrund dieser Instabilitäten sieht es so aus, als ob die aktuelle Protestwelle noch nicht beendet ist.

Literatur

- Arbeitskreis Strategic Unionism (2013) Jenaer Machtressourcenansatz 2.0., in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt/M.: Campus, S. 345-375.
- Artus, Ingrid (2010) Die französischen Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise: Zwischen Dialogue Social und Basismilitanz. In: WSI-Mitteilungen 53 (9), S. 465-472.
- Becker, Joachim (2012) Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 42 (3), S. 467-476.
- Béroud, Sophie/Yon, Karel (2012) Face à la crise, la mobilisation sociale et ses limites. Une analyse des contradictions syndicales. In: Modern & Contemporary France 20 (2), S. 169-183.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011) Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 41 (2), S. 173-194.
- Brandt, Gerhard/Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walther (1982) Anpassung an die Krise. Gewerkschaften in den 70er Jahren. Frankfurt/M.: Campus.
- Brinkmann, Ulrich/Choi, Hae-Lin/Dejje, Richard/Dörre, Klaus/Holst, Hajo/ Karakayali, Serhat/Schmalstieg, Catharina (2008) Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS Verlag.
- Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran (1982) Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft. Hamburg: VSA.
- Castells, Manuel (2012) Networks of outrage and hope. Social movements in the Internet age. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Crouch, Colin (2008) Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Charnock, Greig/Purcell, Thomas/Ribera-Fumaz, Ramon (2012) ¡Indignate!: The 2011 popular protests and the limits to democracy in Spain. In: Capital & Class 36 (3), S. 3-11.
- Dahrendorf, Ralf (1957) Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Deppe, Frank (2003) Gewerkschaften unter Druck. Autonomie und außerparlamentarische Bewegung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg: VSA .
- Deppe, Frank (2012) Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute; eine Einführung. Köln: PapyRossa.
- Deppe, Frank (2013) Eine neue Periode sozialer Unruhen?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 24 (4), S. 8-18.
- Dörre, Klaus (2010) Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen. In: Gerd Günter Voß/Günther Wachtler/Fritz Böhle (Hrsg.): Handbuch Arbeits Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 873-912.
- Dörre, Klaus (2011) Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In: Thomas Haipeter/Klaus Dörre (Hrsg.): Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden: VS Verlag/Springer, S. 267- 302.
- Dubois, Pierre (1978) New Forms of Industrial Conflict 1960-1974. In: Colin Crouch/Alessandro Pizzorno (Hrsg.) (Bd. 2), S. 1-34.
- Frege, Carola M./Heery, Edmund/Turner, Lowell (2004) The New Solidarity? Trade Union Coalition-Building in Five Countries, in: Carola M. Frege/ John E. Kelly (Hrsg.), Varieties of unionism. Strategies for union revitalization in a globalizing economy, Oxford/New York: Oxford University Press, S. 137-158.
- Gall, Gregor (2012) The engineering construction strikes in Britain, 2009. In: Capital & Class 36 (3), S. 411-431.
- Gallas, Alexander/Nowak, Jörg (2012) Agieren aus der Defensive. Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien. In: Alexander Gallas/Jörg Nowak/Florian Wilde (Hrsg.): Politische Streiks im Europa der Krise. Hamburg: VSA, S. 24-106.

- Gallas, Alexander/ Nowak, Jörg (2013) Die aktuelle Streikwelle in Europa ist ein historischer Einschnitt, in: *Sozialismus* 40 (9), S. 33-37.
- Gourevitch, Peter A./Martin, Andrew/Ross, George/Allen, Christopher/Bornstein, Stephen/Markovits, Andrei (1984) *Unions and economic crisis. Britain, West Germany, and Sweden*. London, Boston: Allen & Unwin.
- Haipeter, Thomas (2012) Sozialpartnerschaft in und nach der Krise: Entwicklungen und Perspektiven. In: *Industrielle Beziehungen* 19 (4), S. 387-411.
- Hayes, Graeme (2012) Bossnapping: Situating Repertoires of Industrial Action in National and Global Contexts. In: *Modern & Contemporary France* 20 (2), S. 185-201.
- Henning, Klaus (2013) Europäisierung der Gewerkschaftspolitik, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Frankfurt/ New York: Campus, S. 99-114.
- Hinz, Sarah/Woschnack, Daniela (2012) Tarifrunde 2012 – Mehr als nur ein kurzer Moment der Revitalisierung für die IG Metall? *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 23 (4), S. 70-80.
- Hoffmann, Rainer W. (1981) *Arbeitskampf im Arbeitsalltag. Formen, Perspektiven und gewerkschaftspolitische Probleme des verdeckten industriellen Konflikts*, Frankfurt/M.: Campus.
- Honneth, Axel (2011) *Verwilderungen des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (MPIfG Working Paper, 11/4). Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Horn, Gerd-Rainer (2007) Arbeiter und »1968« in Europa: Ein Überblick. In: Bernd Gehrke/ Gerd-Rainer Horn (Hrsg.): *1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa*. Hamburg: VSA, S. 27-52.
- Join-Lambert, Odile/Lallement, Michel/Hatzfeld, Nicolas/Ray, Jean-Emmanuel/Sommier, Isabelle/Offerlé, Michel/Pelisse, Jérôme (2011) Au-delà du conflit et de la négociation? In: *Sociologie du Travail* 53, S. 160-193.
- Kelly, John/Hamann, Kerstin/Johnston, Alison (2013) Unions against governments: general strikes in Western Europe 1980-2006. In: *Comparative Political Studies* 46 (3), i.E.
- Kocsis, Andrea/Sterkel, Gabriele/Wiedemuth, Jörg (Hrsg.) (2013) *Organisieren am Konflikt. Tarifaueinandersetzungen und Mitgliederentwicklung im Dienstleistungssktor*, Hamburg: VSA.
- Kraushaar, Wolfgang (2012) *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Krugman, Paul (2009) Free to Lose. In: *New York Times*, 13.11.2009, S. A 31.
- Lapavistas, Costas/Kouvélakis, Eustache (2012) *Crisis in the Eurozone*. London; New York: Verso.
- Lehndorff, Steffen (2013) Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise, in: *Das Argument* 55:1/2, S. 181-199.
- Leschke, Janine/Watt, Andrew (2010) How do institutions affect the labour market adjustment to the economic crisis in different EU countries? (Etui Working Paper, 4) Brüssel: ETUI.
- Lévesque, Christian/Murray, Gregor (2010) Understanding union power: resources and capabilities for renewing union capacity, in: *Transfer: Europe an Review of Labour and Research*, 16 (2), S. 333-350.
- Liebig, Steffen (2012) Die Riots in England im August 2011 (Working Papers Economic Sociology, 12). Jena: Friedrich Schiller-Universität, http://www.soziologie.uni-jena.de/soziologie_multimedia/Downloads/LSDoerre/WPESJ/WPESJ_12_2012_Liebig_Riots.pdf.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2012) Das spanische Modell. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 42 (1), S. 113-134.
- Nachtwey, Oliver (2009) *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden: VS Verlag, Wiesbaden.
- Ponticelli, Jacopo/Voth, Hans-Joachim (2011) *Austerity and Anarchy: Budget Cuts and Social Unrest in Europe, 1919-2009* (Discussion Paper 8513). London: Centre for Economic Policy Research.

- Pernot, Jean-Marie (2010) *Syndicats. Lendemain de crise?* Paris: Gallimard.
- Roitman Rosenmann, Marcos (2012) *Los indignados. El rescate de la política*, Madrid: Ediciones Akal.
- Schmalz, Stefan/Weinmann, Nico (2013) *Gewerkschaftliche Kampfzyklen in Westeuropa. Die Jahre 1968 bis 1973 und seit 2008/09 im Vergleich. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2013.*
- Schmidt, Dirk/Heilmann, Sebastian (2010) *Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Shalev, Michael (1978) *Lies, Damned Lies, and Strike Statistics: the Measurement of Trends in Industrial Conflict*. In: Colin Crouch und Alessandro Pizzorno (Hrsg.) (Bd. 2), S. 1-19.
- Silver, Beverly J. (2005) *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin: Assoziation A.
- Streeck, Wolfgang (2003) *Gewerkschaften in Westeuropa*. In: Wolfgang Schroeder/Bernhard Wesels (Hrsg.): *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 86-101.
- Streeck, Wolfgang (2011) *The Crises of Democratic Capitalism*. In: *New Left Review* 62 (5), S. 5-29.
- The Guardian; LSE (2011) *Reading the Riots. Investigating England's summer of disorder*. London: Guardian Books.
- Thompson, E. P. (1971) *The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century*. In: *Past & Present* 50 (2), S. 76-136.
- Tilly, Charles (1986) *The contentious French*. Cambridge, Mass: Belknap Press.
- Turner, Lowell (2006) *Globalization and the Logic of Participation: Unions and the Politics of Coalition Building*, in: *Journal of Industrial Relations*, 48 (1), S. 83-97.
- Urban, Hans-Jürgen (2010) *Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt- Kapitalismus: Der Fall Deutschland*, in: *WSI Mitteilungen* 63 (9), S. 443-450.
- van der Velden, Sjaak/Dribbusch, Heiner; Lyddon, Dave; Vandaele, Kurt (Hrsg.) (2007) *Strikes around the world 1968-2005. Case-studies of 15 countries*. Amsterdam: Aksant.
- Wright, Erik Olin (2000) *Working-Class Power, Capitalist-Class Interests and Class Compromise*, *The American Journal of Sociology*, 105 (4), S. 957-1002.
- Zoll, Rainer (1976) *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Anmerkungen

- 1 An dieser Stelle werden knapp allgemeine Charakteristika der Entwicklung gewerkschaftlicher Machtressourcen seit dem letzten Protestzyklus der Jahre 1968-1973 dargestellt, die sich keinesfalls gradlinig und in allen westeuropäischen Ländern widerspruchsfrei darstellten. Für eine ausführliche historisch vergleichende Betrachtung siehe: Schmalz/Weinmann 2013.
- 2 Die Daten stammen aus einer ersten Probeerhebung für den Aufbau von JenaConDa (Jena Conflict Dataset). Hierbei wurden soziale Konflikte über Schlagwörter aus den digitalen Archiven verschiedener Tageszeitungen erhoben und nach unterschiedlichen Kriterien (Aktionsform, Teilnehmerzahlen, beteiligte Organisation, etc.) kategorisiert. Für den Zeitraum von 2004 bis 2011 wurden in der EU-27 insgesamt 792 Protestereignisse aus der New York Times aufgenommen. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Studierenden des zweisemestrigen Seminars „Zum Wandel des sozialen Konflikts in Europa“, das 2011/12 am Institut für Soziologie an der FSU Jena unter der Leitung von Stefan Schmalz stattgefunden hat, insbesondere an Lea Failing, Anne Kern, Johan Kittel, Christoph Lammert, Anna-Sophie Noack, Aina Scherertz, Luise Stoltenberg und Nicole Triebel. Unter nicht-normierten Konflikten haben wir in der Erhebung alle Konflikte mit den Aktionsformen Ausschreitung, Besetzung, Flash Mob, Cyberkrieg oder ziviler Ungehorsam oder bei denen Gesetzesverstöße, unangemeldete Aktionen oder Gewalt vorlagen, gefasst.

- 3 Eine allererste, noch unkontrollierte Probeerhebung für das Jahr 2012 zeigt allerdings, dass das Verhältnis normierter zu nicht-normierter Konflikte wieder etwas erhöht haben könnte.
- 4 Aus der noch vorläufigen Probeerhebung für das Jahr 2012 ging hervor, dass die Gesamtzahl der Konflikte leicht rückläufig zu sein scheint. Der Anteil Südeuropas bleibt weiterhin hoch.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Das epochale Werk von Althusser und seinen Mitarbeitern wird erstmals vollständig ins Deutsche übersetzt!

Herausgegeben von Frieder Otto Wolf
(Louis Althusser,
Gesammelte Schriften, Band 4.)
Juni 2014 - ca. 800 Seiten

Subskriptionspreis € 39,90
(gültig bis 3 Monate nach Erscheinen)
späterer Ladenpreis: € 49,90
ISBN: 978-3-89691-952-6

Jetzt zum Subskriptionspreis vorbestellen und Geld sparen!

Bestellen Sie jetzt Ihr Exemplar zum Subskriptionspreis von 39,90 € und sparen Sie 10,00 € im Vergleich zum späteren Ladenpreis von 49,90 €!



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE